

Didier Burkhalter will schon präventiv keinen Streit bekommen

Die Prävention spare viel Geld, sagt eine neue Studie. Doch das Bundesamt für Gesundheit hält sich zurück.



Informieren und schulen hilft, die Zahl der Raucher zu senken. Foto: Joachim Sommer (Rezo)

Von Jean-Martin Büttner, Bern

Am nächsten Dienstag lädt Pascal Strupler, neuer Chef beim Bundesamt für Gesundheit (BAG), die Medien zum «Gedankenaustausch und gegenseitigen Kennenlernen» ein. Anders gesagt: Seine ersten 100 Tage sind vorbei. Was der Neue anders machen will als sein Vorgänger, wissen auch seine Mitarbeiter noch nicht recht. Struplers erster interner Auftritt, bestätigen mehrere Quellen, habe viele ratlos gelassen.

Ein wichtiges Dossier, das auf den Neuen wartet, gibt schon viel zu reden: das neue Präventionsgesetz. Vor zwei Wochen beschloss die Gesundheitskommission des Nationalrats, darauf

einzutreten. Das war nicht selbstverständlich, weil viele Bürgerliche und mit ihnen das Gewerbe bekämpfen, was die Geschäfte stören könnte, so auch beim Verkauf von Alkohol und Tabak. Und weil sie glauben, dass das neue Gesetz viel kostet und wenig nützt. Bereits zeichnet sich ab, dass ein wichtiger Antrag des Bundesrats ohne Chancen bleiben wird: ein neues Institut für Prävention, das dem BAG unterstellt ist.

Geld gespart, Leben gerettet

Krankheitsprävention kostet nicht nur - sie bringt auch etwas ein. Wie viel das sein könnte, wollte der Bundesrat ge-

nauer wissen. Das BAG gab deshalb vor zwei Jahren eine Pilotstudie in Auftrag.* Vor kurzem haben das BAG und die kantonalen Gesundheitsdirektoren die Studie rund 100 Fachleuten vorgestellt; diese hätten «sehr positiv» darauf reagiert, sagt BAG-Vize Stefan Spycher. Trotzdem stellte sein Amt die Studie ohne Communiqué still ins Netz. Folge: Die Medien nahmen sie nicht wahr.

Das Vorgehen erstaunt, weil die Resultate sehr für eine verbesserte Vorsorge sprechen. Die Forscher wollten zweierlei wissen: Funktioniert die Prävention, und lohnt sie sich auch? Sie untersuchten präventive Massnahmen beim Verkehr (Helmtragepflicht für Mo-

fas, tiefere Promillegrenze), dem Tabakkonsum und dem Alkoholmissbrauch (Information und Schulung). Und rechneten dann aus, wie viel das den Staat kostet und was es der Gesellschaft bringt. Nämlich weniger medizinische Behandlungen und Arbeitsausfälle. Und eine höhere Lebensqualität, wenn sich Krankheit, Behinderung und vorzeitiger Tod verhindern lassen.

Mit Absicht setzten die Autoren die Kosten für Prävention eher hoch an und kalkulierten den Nutzen eher vorsichtig. Dennoch sind ihre Resultate bemerkenswert: Die Zahl der Toten und Schwerverletzten im Strassenverkehr habe zwischen 1975 und 2007 «stark abgenommen», die Wirkung der Prävention sei somit beträchtlich. Beim Tabak sei die Zahl der Raucher innert zehn Jahren von 33,1 auf 27,9 gesunken (2007); in dieser Zeit hätten Bund, Kantone und Nichtregierungsorganisationen viermal mehr in die Prävention investiert. Im selben Zeitraum sank der Alkoholmissbrauch von 6 auf 5,1 Prozent; gleichzeitig hätten sich die Kosten für die Prävention verdoppelt.

Vor allem die Information und Schulung, schreiben die Autoren, hätten sich auf den Tabak- und Alkoholkonsum ausgewirkt. Und vor allem: Für jeden Franken, der in die Prävention investiert worden sei, habe man beim Verkehr 9.40 Franken, beim Alkohol 23 Franken

und beim Tabak sogar 41 Franken zurückbekommen (der sogenannte Return on Investment, Stand 2007). Zwar handelt es sich hier um eine Pilotstudie, die das komplexe Verhältnis von Ursache und Wirkung mit aufwendigen, neuen Verfahren errechnete. Dennoch könnte sie der Öffentlichkeit zeigen, dass ein Präventionsgesetz Sinn macht.

Warum also versendet das BAG seine Studie gleichsam unter dem Radar hindurch, statt die Medien darauf hinzuweisen? Immerhin hat Didier Burkhalter selbst, der neue Gesundheitsminister, in zwei Artikeln für die NZZ und «Le Temps» klargemacht, wie viel ihm am neuen Gesetz liege.

Der interne Streit der FDP

Die Zurückhaltung des BAG hat aber ebenfalls mit Didier Burkhalter zu tun, der noch nie als lauter Politiker aufgefallen ist. Wie drei Quellen unabhängig voneinander bestätigen, möchte der neue Bundesrat gerade vermeiden, was sein Vorgänger Pascal Couchepin systematisch betrieb: eine Politik der Provokationen und Kontroversen. Gerade weil ihm das Präventionsgesetz wichtig sei, heisst es, wolle es Burkhalter nicht mit forschen Auftritten gefährden.

Zwar überliess das Departement dem BAG den Entscheid, auf welche Weise es die neue Studie veröffentlichen wollte. Man machte aber klar, dass

man ein diskretes Vorgehen bevorzuge. BAG-Vize Spycher will keine politischen Implikationen kommentieren, räumt aber ein: «Wir wollten nicht, dass diese Präventionsstudie politische Kontroversen auslöst.»

Für Burkhalter kommt erschwerend hinzu, dass diese Kontroversen seine eigene Partei umtreiben. Der Wirtschaftsflügel der Freisinnigen lehnt das neue Präventionsgesetz nämlich rundweg ab. Und seine Vertreter reagierten gar nicht begeistert, als die FDP-Leitung Anfang Februar mitteilte, sie wolle die «Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik» nicht mehr unterstützen; also die Lobbygruppe gegen das neue Gesetz. Bis Ende März war die FDP immer noch auf der Homepage der Lobbyisten aufgeführt. Das lässt sich als weiteres Indiz dafür lesen, wie sehr das Präventionsgesetz die Partei entzweit.

Auch die Gegner des Gesetzes haben eine Studie zur Prävention in Auftrag gegeben: Werbeverbote für Alkohol, besagt sie, hätten keinen Einfluss auf das Trinkverhalten der Jugend. Der Gewerbeverband gab eine Pressekonferenz.

** Beim Institut für Wirtschaftsforschung in Neuenburg und dem Institut für Gesundheitsökonomie in Winterthur. Die Studie ist unter: <http://www.bag.admin.ch/evaluation/01759/07612/07620/index.html?lang=de> nachzulesen.*